

Antrag der Kommission für Bildung und Kultur*
vom 15. April 2003

KR-Nr. 384/2000

4050 a

**Bericht und Antrag
des Regierungsrates an den Kantonsrat
zum Postulat KR-Nr. 384/2000 betreffend
Staatskundeunterricht**

(vom)

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in die Anträge des Regierungsrates vom 5. Februar 2003 und der Kommission für Bildung und Kultur vom 15. April 2003,

beschliesst:

I. Der Regierungsrat wird zur Verfassung eines Ergänzungsberichtes bis Ende 2003 eingeladen.

II. Mitteilung an den Regierungsrat.

Begründung

Mit dem Postulat KR-Nr. 384/2000 wurde der Regierungsrat er sucht, selbstständig oder auf dem Weg über die Erziehungsdirektorenkonferenz darauf hinzuwirken, dass der Unterricht in Staatskunde und aktualitätsbezogener Geschichte in geeignetem Rahmen und Umfang bereits ab dem 7. Schuljahr erteilt wird.

* Die Kommission für Bildung und Kultur besteht aus folgenden Mitgliedern: Oskar Bachmann, Stäfa (Präsident); Hanspeter Amstutz, Fehraltorf; Regina Bapst-Herzog, Zürich; Michel Baumgartner, Rafz; Dr. Jean-Jacques Bertschi, Wettswil a. A.; Yvonne Eugster-Wick, Männedorf; Chantal Galladé, Winterthur; Esther Guyer, Zürich; Werner Hürlimann, Uster; Brigitta Johnher-Gähwiler, Urdorf; Christian Mettler, Zürich; Susanna Rusca Speck, Zürich; Dr. Charles Spillmann, Ottenbach; Inge Stutz-Wanner, Marthalen; Jürg Trachsel, Richterswil; Sekretär: Roland Brunner.

Der Regierungsrat räumt in seinem Bericht vom 5. Februar 2003 ein, es bestünden Anzeichen dafür, dass insbesondere in der Sekundarschule A der Teilbereich «Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft» des Realienunterrichts am stärksten von der Lektionenreduktion betroffen sei. Diese hatte der Bildungsrat am 20. Oktober 1998 im Zusammenhang mit der Einführung des obligatorischen Englischunterrichts an der Oberstufe der Volksschule beschlossen.

Die Kommission für Bildung und Kultur stellt fest, dass der Regierungsrat im Frühjahr 2001 wohl der Überweisung des Postulats 384/2000 zugestimmt hat, jedoch in der Zwischenzeit weder Massnahmen im Sinne des Vorstosses umgesetzt wurden noch solche geplant sind.

Die Kommission für Bildung und Kultur verlangt daher vom Regierungsrat einen Ergänzungsbericht zur Vorlage 4050. Daraus soll konkret hervorgehen, mit welchen Massnahmen die Förderung des Staatskundeunterrichts bereits ab dem 7. Schuljahr umgesetzt werden kann. Erwartet werden auch eine Aussage über die finanziellen Auswirkungen der geforderten Massnahmen und ein Zeitplan, bis zu welchem diese realisiert werden.

Zürich, 15. April 2003

Im Namen der Kommission
für Bildung und Kultur

Der Präsident:
Oskar Bachmann

Der Sekretär:
Roland Brunner